

NR. 0168

Datum: 17. Februar 2010

Erneuerbare Energien taugen nicht als Grund für Strompreiserhöhungen

Zu den angekündigten Strompreiserhöhungen von E.on erklärt Oliver Krischer, Sprecher für Energie- und Ressourceneffizienz:

Die von E.on angekündigten Strompreiserhöhungen bis zu 6,5 Prozent sind ungerechtfertigt. Denn eigentlich müssten die Tarife infolge gesunkener Börsenpreise für Strom auch sinken – eine Folge der Wirtschaftskrise. Das wäre normal in einem funktionierenden Markt mit Wettbewerb. Aber E.on hat eine andere, aus früheren Preisrunden altbekannte Erklärung parat: Schuld sei die Umlage für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Fakt ist zwar, dass die EEG-Umlage von 2009 auf 2010 von 1,1 auf circa 2 Cent/kWh angestiegen ist. Dieser Anstieg ist jedoch nur zu einem Drittel auf den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien zurückzuführen.

Von wesentlich größerer Bedeutung ist der in 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise eingebrochene Strombörsenpreis, wodurch sich die Differenz zwischen dem Börsenpreis und der Vergütung für Strom aus erneuerbaren Energien vergrößert hat. Weiter greift dieses Jahr zum ersten Mal ein neues Berechnungsverfahren, nach dem Teile der Netzentgelte in Zukunft über die EEG-Umlage abgerechnet werden.

Das heißt, diese Kosten werden nur innerhalb des Strompreises in die EEG-Umlage verschoben – sie führen aber nicht zu einer Erhöhung.

Bei der Preisberechnung nicht berücksichtigt wird der ökonomische Nutzen der erneuerbaren Energien. So sorgen sie dafür, dass weniger teure, neue fossile Kraftwerke gebaut beziehungsweise hochgefahren werden müssen. Das allein senkte die Strombeschaffungskosten 2009 um über drei Milliarden Euro. Doch den Gewinn haben E.on & Co. eingestrichen, und zu allem Überfluss erhöhen sie nun nach und nach die Strompreise.

Für die Kunden heißt die Antwort jetzt einmal mehr, den Stromanbieter zu wechseln – am besten gleich zu einem der bekannten konzernunabhängigen Ökostromanbieter, die ihren Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien beziehen.

(c) Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pressestelle